

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vormärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507.

Auslegung des Botschafterbeschlusses.

Entscheidung erst nach dem endgültigen Kontrollbericht.

Paris, 29. Dezember. (W.Z.B.) Die Morgenpresse sucht es so darzustellen, als ob die Botschafterkonferenz bereits ein solches Urteil über das Ergebnis der Kontrolle gefällt hätte. Dieses taktische Vorgehen wird einigermassen dementiert durch eine der Agentur Havas aus London zugegangene Schilderung der augenblicklichen Lage. In dieser zweifellos beeinflussten Depesche heißt es: Die Entscheidung, welche die Botschafterkonferenz getroffen habe, beweise nur, daß die erste Phase beendet sei. Die Note, welche die Botschafterkonferenz ausarbeite, stelle die Antwort auf den Protest der deutschen Regierung gegen die Aufrechterhaltung der Besetzung der Kölner Zone dar. Obzwar diese Note begründet werde, sei sie doch nur ein provisorisches Instrument, das in keiner Weise der Beurteilung der Frage in ihrer Gesamtheit vorgreife. Der Note werde also eine zweite Mitteilung an die Reichsregierung folgen, über die entschieden werde, nachdem man im Besitz des endgültigen Berichts der Kontrollkommission sei. In diesem Bericht sei die Frage zu beantworten, ob Deutschland die militärischen Verpflichtungen des Versailler Vertrages erfüllt habe. Der endgültige Bericht, den die Kontrollkommission erwarde, werde diese Frage beantworten, und es sei nicht unwahrscheinlich, daß hierüber vermutlich zwischen dem 5. und 10. Januar eine Notifizierung erfolge. Die Havas-Depesche fügt hinzu, es unterliege keinem Zweifel, daß in London und Paris die diplomatischen und militärischen Autoritäten schon entschieden hätten, und daß man weder die Militärkontrolle noch die Besetzung der Kölner Zone aufheben wolle, solange nicht Deutschland die fünf Punkte vom September 1922 erfüllt habe.

Der „Temps“ vom Sonnabend greift die bisherige Politik Herrriots als doppeldeutig an und wirft ihr vor, sie habe sich von Deutschland täuschen lassen. Die deutsche Demokratie sei weiter nichts als eine Komödie, die dem Reich geholfen habe, sich der Erfüllung wesentlicher Bedingungen des Friedensvertrages zu entziehen, beträchtliche Vorteile zu erlangen und auf Kosten Frankreichs wieder zu verstärken. Die neuen Reichstagswahlen mit ihrem zweifelhaften Ergebnis, das Hinausziehen der Regierungskrise, das alles sei nur ein Manöver gewesen. Die Politik des Vertrauens sei den Alliierten teuer zu stehen gekommen, jetzt müßten sie sich aber davon überzeugen, daß Deutschland nach einem sechsjährigen Regime der Republik sich selber gleich geliebt sei, und daß man in Wirklichkeit nur die Geschäfte der Reaktion besorge, wenn man einer falschen Demokratie ihre Aufgabe erleichtere.

Der „Temps“, der seit dem Ausscheiden Herbettes ganz ins nationalistiche Fahrwasser geraten ist, beweist für uns Deutsche mit seinen Ausführungen zweierlei: Erstens, daß der französische Nationalismus an seinen Rheinlandplänen festhält und die augenblickliche Krise zu seinen Zwecken auszunutzen gedenkt, und zweitens, daß er in der deutschen Demokratie die gefährlichste Gegnerin seiner Absichten erkannt hat. Frankreichs dauernde Festsitzung am Rhein kann nur gelingen, wenn es gelingt, die Welt davon zu überzeugen, daß Frankreich zum Schutz gegen ein militaristisches, die Revanche vorbereitendes Deutschland den Rhein unbedingt braucht. Daraus ergibt sich von selbst die Linie, die die deutsche Politik einhalten muß, um die Befreiung deutschen Bodens von fremder militaristischer Besetzung zu erreichen. Es ist notwendig, alle Zweifelsfragen, die sich auf dem Gebiete der Abrüstung ergeben haben, so rasch wie möglich zu bereinigen, dem Gegner jeden Vorwand für die Behauptung deutscher Vertragsverletzungen zu entziehen und ihn auf diese Weise zur Einhaltung des Vertrages, d. h. zur Räumung, zu zwingen.

Die Note der Botschafterkonferenz.

Paris, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Sonnabendliche Botschafterkonferenz, die eine Stunde fünfzehn Minuten dauerte, war zum größten Teil durch einen Bericht des Marschalls Foch über den Stand der Entwaffnung in Deutschland in Anspruch genommen. Das Sekretariat hat im Laufe des Abends den Entwurf der an Deutschland zu richtenden Note fertiggestellt. Er ist sofort an die involvierten Regierungen abgegangen. Am Mittwoch soll sich die Botschafterkonferenz mit der endgültigen Festsitzung des Textes beschäftigen.

Ueber den Inhalt der Note wird folgendes mitgeteilt: Erste Voraussetzung der Räumung wäre, daß Deutschland sämtliche Verpflichtungen, die ihm durch den Friedensvertrag auferlegt wurden, erfüllt haben würde. Man könne aber schon jetzt sagen, daß das nicht der Fall sein würde. Die Botschafterkonferenz habe noch nicht den endgültigen Bericht der Militärkontrollkommission; er könne nicht vor dem 20. Januar fertig sein. Aber schon jetzt hätte die Botschafterkonferenz auf Grund der vorläufigen Berichte die Festsitzung gemacht, daß die Verletzungen Deutschlands schwerwiegende seien.

Kein Eingreifen Amerikas.

New York, 29. Dezember. (W.Z.B.) Nach einer Meldung der „New York Times“ aus Washington hat das Staatsdepartement die Ermächtigung erteilt, die Gerüchte zu dementieren, wonach Staatssekretär Hughes die amerikanischen Botschafter in Europa angewiesen habe, den Alliierten Regierungen mitzuteilen, daß das Schicksal des Dawes-Planes von einer friedlichen Regelung der Frage der Räumung des Kölner Gebietes abhängt. In

amtlichen Kreisen werde erklärt, die Regierung sei nicht der Ansicht, daß sie ein offizielles Recht habe, in dieser Frage Vorstellungen zu erheben, obgleich sie selbstverständlich an allen Angelegenheiten, die die Wohlfahrt Europas betreffen, interessiert sei.

Krupp und die Entwaffnung.

Essen, 29. Dezember. (W.Z.B.) Die Firma Krupp teilt mit: Die Pariser Meldung, 47000 neue Gewehre seien bei Krupp ermittelt, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Krupp-Essen hat überhaupt nie Gewehre hergestellt. Das keine Kruppische Stahlwerk in Annen-Westfalen wagt von altersher Gewehrlaufstöße, namentlich für Jagdgewehre, ist aber auch als Unterlieferant für den Bedarf der Reichswehr zugelassen. Dementisprechend hat Annen im Jahre 1924 etwa 25000 rohe ungebohrte Laufstöße für die von der Kontrollkommission zugelassenen Gewehrstäbe gewalzt und dies auch den Kontrollbehörden gegenüber niemals verheimlicht.

Behauptungen des britischen Kontrollgenerals.

London, 29. Dezember. (W.Z.B.) General Morgan, der englische Vertreter in der Kontrollkommission, veröffentlicht in der „Daily Herald“ einen Artikel über den Stand der deutschen Rüstungen. Er nennt den General v. Seekt einen zweiten Molke, dessen Gestalt in fünf oder zehn Jahren auf Europa vielleicht einen gigantischen Schatten werfen werde. Weiter behauptet General Morgan, Deutschland hätte seit Unterzeichnung des Friedensvertrages in jeder Weise versucht, eine Revision der Militärklausel herbeizuführen und die kommunistischen Unruhen an der Ruhr und anderen Punkten zum Vorwand genommen. Die deutschen Forderungen wären vollkommen unerschütterlich, da ein solches reguläre Bataillone zur Niederwerfung des kommunistischen Aufstandes ausreichten. Trotzdem hätten die Deutschen die Kühnheit gehabt, Truppen aufstellen zu wollen, die die im Versailler Vertrag vorgesehene Jiffer um das Doppelte überschritten, und hätten einen Generalkrieg für 20 Divisionen eingerichtet. Weiter erzählt Morgan, wie das deutsche Oberkommando mit Hilfstruppen (Polizei, Geheimbündlern und früheren Kriegsteilnehmern) die Divisionen zu Armeekorps erweitert hätte. Was die Versorgung der Artillerie anbelange, so hätte die deutsche Seeresektion unter Berufung auf den Versailler Vertrag fortgesetzt, ihren Bedarf für 20 Armeekorps zu decken. Die Verbündeten hätten jedoch das Ziel durchschaut und während der Konferenz von Spa energisch auf der Erfüllung der Vertragsklauseln bestanden. Darauf hätte der deutsche Generalkrieg seine Taktik geändert und sich unter scheinbarer Beobachtung der Kaufleute auf die

Schaffung eines Kerns für eine große Armee

beriegt. Die deutschen Militärbehörden wären dabei in der Weise verfahren, daß sämtliche verbotenen Geheimbünde in bestimmten Einheiten an die Kompanien angegeschlossen worden wären. Die deutschen Regierungen einfließen und vergingen. General von Seekt aber bleibe stets im Amt. Er sei gegen die Republik loyal, weil die Republik sich ihm gegenüber loyal zeige, d. h. ihm jeden Wunsch zur Verwirklichung seiner Pläne erfülle, die auf die Errichtung einer gewaltigen Militärmacht nach dem Beispiel Molkes abzielen. Wenn man sich frant, so fährt General Morgan fort, warum der Vertrag von den Deutschen nicht ausgeführt werde, und welchen Zweck die Kontrollkommission hat, da sie nicht imstande ist, diese Verletzungen zu verhindern, so antworte ich, der Deutsche kennt, daß Deutschlands wirksame Abrüstung praktisch geradezu unmöglich ist. Tatsächlich habe es, seitdem die Kontrollkommission ihre Aufgabe übernommen habe, in Deutschland vom Kriegsminister bis zum letzten Unteroffizier keinen einzigen Vertreter der militärischen Rangordnung gegeben, der entsprechend dem erhaltenen Lösungswort nicht versucht habe, die Verbündeten Betreuer irre zu führen. Zum Schluß behauptet General Morgan, daß Deutschland ein Jahr nach Auflösung der Kontrollkommission die Herstellung von Kanonen und Munition auf ein Höchstmaß wie 1918 bringe. Das deutsche Oberkommando sei in der Lage, allen Anforderungen wegen Erzeugung von erstickenden Gasen und Explosivstoffen innerhalb von drei Monaten zu entsprechen. Der Gefahr der deutschen Rüstungen könne nur begegnet werden, wenn nicht nur die Kontrollkommission im Amt bleibe, sondern auch die Besetzung der Brückenköpfe am Rhein, besonders des Mainz-er Brückenkopfes ohne bestimmte Frist aufrecht erhalten werde. Für den Fall, daß die Kontrollkommission aufgelöst und die Rheinarmee wesentlich verringert werde, könne der Frieden in Europa für nicht länger als ein Jahr verbürgt werden.

Britisch-sozialistischer Protest.

London, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der „Daily Herald“ schreibt am Sonnabend zu dem Räumungsproblem: Die Entschließung der Botschafterkonferenz bedeutet eine definitive Rückkehr zu den Methoden von 1919. Es bedeutet, daß der Kriegsgedanke noch immer herrscht und daß Deutschland noch immer als „Feind“ betrachtet wird, dem man diktiert, nicht als ein Kollege, mit dem man gemeinsam ein neues Europa aufbaut. Es ist ein tragisches Beispiel für politische Blindheit, daß man von diesem Vorgehen der Sicherheit Frankreichs zu dienen glaubt. Diese Sicherheit würde garantiert dadurch, daß man sich Deutschland zum Freund erwirbt und dadurch, daß man allgemein entwaffnet. Diese Sicherheit kann nicht dadurch herbeigeführt werden, daß man versucht, Deutschland allein dauernd in einem Zustand militaristischer Unordnung zu erhalten, noch dadurch, daß man ausländische Truppen auf deutschem Boden beläßt. Die Entschließung darüber, daß die erwartete Räumung nicht stattfinden wird, muß in Deutschland größte Bitternis herorrufen. Man muß dort das Gefühl haben, daß man bei der Übernahme der Dawes-Gosten bezogen worden sei und daß es kein anderes Mittel der Abhilfe gebe als die nackte Gewalt. Die militaristischen und nationalistischen Parteien werden gestärkt werden, die gesunden friedlichen Strömungen geschwächt.

Deutscher Trozkismus.

Brandler und Thalheimer an der Wand.

Die kommunistische Presse beschäftigt sich mit der Erledigung Trozkis und seiner Anhänger in Deutschland. Ein braver Kommunist und Anhänger der linken Zentrale darf zwar nicht lesen, was Trozki geschrieben hat, er muß aber die spaltenlangen Artikel aller möglichen Geistesheroen in sich aufnehmen, die haarklein und bis aufs Tüpfelchen über dem i nachweisen, daß Trozki rettungslos vom alleinseligmachenden Heilsweg abgewichen, daß seine Seele ganz und gar dem Teufel des Menschewismus verfallen ist und daß deshalb jeder gläubige Kommunist über diesen Abtrünnigen nur drei Sowjetkreuze schlagen kann.

Zu den Trozki-Töttern gehört auch der Geistesriese Otkomar Gesele. Er knüpft sich die deutschen Trozkisten vor. So etwas gibt es nämlich merkwürdigerweise in der KPD, natürlich auch. Nachdem die deutsche KPD-Zentrale pflichtschuldig auf die erste Nachricht von dem Erscheinen des Trozkischen Oktoberbuches hin von sich aus Sinowjew ihre lokale Unterstützung im Kampf gegen den gefährlichen Nebenbuhler in Aussicht gestellt hatte, muß jetzt daran gegangen werden, in Deutschland geeignete Opfer auszusuchen, die den Göttern auf dem Altar geschlachtet werden können. Kein zuverlässiger Kommunist würde sich auch wohl fühlen, wenn er nicht mindestens quartalsweise Renegaten abschichten könnte. So werden denn in der kommunistischen Presse jetzt verstärkte Brandartikel gegen „rechte Abweichungen“ losgelassen.

Die Opfer, die man diesmal ausersehen hat, sind die in Moskau als Emigranten lebenden Heinrich Brandler und August Thalheimer. Man möchte sie gerne so weit reizen, daß sie vielleicht freiwillig das so ungastlich gewordene Haus der KPD verlassen. Nun sind weder Brandler noch Thalheimer solche Heroen an Geist und an moralischer Widerstandskraft, daß die hartnäckigen und immer wiederholten Angriffe gegen diese beiden angeblich „sozialdemokratisch verfeuchten Jellen“ in der KPD verständlich sein könnten. Geschlechte charakterisiert alle beide nicht übel:

„Brandler und seine Freunde waren jederzeit Helden der linken Phrase. Sie praktizierten mit feurigen Verpöhlungen, mit deutschen Uebersetzungen der „permanenten Revolution“, um die Kritik der Linken gegen ihren eigenen Opportunismus abzulenkten.

Diese Taktik verfolgten sie — im Einverständnis mit Radek — während der ganzen, monatelangen Vorbereitungszeit des Oktober. Als im Mai die Ruhrarbeiter und bald darauf die schlesischen Bergarbeiter streikten, erließen sie löwende Aufrufe und würgten die Kämpfe ab. Als die Arbeiter gegen die Faschisten vorgingen, schrieben sie: „Stellt jeden zehnten Faschisten an die Wand!“ — und sagten die Straßendemonstration am Antifaschistentag ab. Als während der Oktobertage selbst in verschiedenen Teilen Deutschlands Teilkämpfe begannen, „verbieten“ sie die Fortführung dieser Kämpfe — ganz wie die reformistischen Gewerkschaftsführer — mit der „taktischen“ Lösung: „In der nächsten Woche geht der Aufstand los.“ Als aber die Stunde des Aufstandes kam, verhinderten sie ihn. Das war die Katastrophe der revolutionären Phrase, die — trozkistisch — auf die Zwischenglieder des Machtkampfes, auf die Teilkämpfe um die Macht verzichteten will, das war das Ende der „permanenten Revolution“: nichts als permanente Kapitulation, das war Brandlers Trozkismus im deutschen Oktober.“

Es ist uns zwar nicht bekannt geworden, daß die linken Kommunisten es irgendwie anders gemacht hätten. Die „Rechten“ werfen den „Linken“ gerade vor, daß die „Linken“ an allen Schandtatzen der Rechten beteiligt gewesen seien. Der Außenstehende hat jedenfalls, abgesehen von dem Unterschied in manchen Phrasen, keinen Unterschied in den Taten bis jetzt entdecken können. Die einzige Änderung — wenn man so will — „geistige Leistung“ der „linken“ Führung besteht darin, daß sie noch ausgesprochener als die Brandler-Zentrale durch ihre fixe Idee der alleinigen Bekämpfung der Sozialdemokratie die Reaktion in Deutschland unterstützt hat.

Der wahre Grund dieses heftigen Vorstoßes gegen den Brandler-Flügel ist ein ganz anderer. Die „rechten Abweichungen“ in der kommunistischen Partei sind keine Spezialerfindung Brandlers und Thalheimers, sie sind Erscheinungen, die sich mit objektiver Notwendigkeit aus der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit ergeben. Das Anwachsen der KPD, und die Verstärkung des Linkskurses im Jahre 1923 war eine Inflationserscheinung, die beginnende Reigung auch der kommunistisch beeinflussten Massen zu einer mehr rechtsgerichteten Taktik ist die logische Folge der wirtschaftlichen Rückentwicklung, ist eine Deflationserscheinung. Die Konzentration auf illusionäre Hoffnungen einer revolutionären Wendung in der innerdeutschen wie der gesamteuropäischen Entwicklung konnte im Jahre des Ruhrkampfes psychologisch verständlich sein. Es ist beinahe eher zu bewundern, daß die furchtbaren Wirkungen des rasenden Währungsverfalls im Herbst 1923 diesen Phantasien nicht stärkere Wirkungskraft verliehen haben. Mit dem Stillstand der Inflation mußte naturgemäß ein Stillstand dieser Illusionen eintreten. So wie die Hoffnungen der KPD, mit dem Währungsverfall stiegen, mußten sie sinken mit der Währungsberichtigung. Revolutionäre Hoffnungen lassen sich eine kurze Zeit vielleicht konzentrisch zusammenfassen. Auf die Dauer aber ist es eine unlösbare Aufgabe, eine Massenbewegung der Arbeiterschaft zu organisieren, die sich nur auf revolutionäre Arbeit konzentriert.

Der Unlösbarkeit dieser Aufgabe sind sich die derzeitigen linken Führer der KPD wohl bewußt. Ihr Kampf gegen „rechte Abweichungen“ entspringt der richtigen Einsicht, daß alle diese rechten Tendenzen, wenn sie in der KPD organisatorisch Fuß fassen könnten, gerade in der jetzigen Periode besonders gefährlich sein würden. Und die jetzige Entwicklung ist „gefährlich“. Nicht umsonst sprach Ruth Fischer dieser Tage von der Amnestierung der bayerischen Räterepublikaner als von einem „abgefärbten Mandat“, nicht umsonst warnte sie vor der „sehr gefährlichen Tendenz“, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Es ist in der Tat „gefährlich“, wenn es den Arbeitern gelingt, wieder wirtschaftlich Boden unter den Füßen zu gewinnen, Erfolge durchzusetzen, ihr Lebensniveau zu heben. Es ist „gefährlich“, wenn der Kampf der Gewerkschaften, der Einfluß der sozialdemokratischen Fraktion die Reaktion zurückdrängt, es ist „gefährlich“, wenn die Arbeiter sich am täglichen politischen Kampf beteiligen, in diesem Kampfe ihre geistigen und organisatorischen Kräfte sammeln und den Klassengegner in Schranken halten. Das alles ist „gefährlich“, denn es zeigt den Widerstand der kommunistischen Taktik, es bringt die Arbeiter, die den Karolen ihrer Zentrale entsprechend gezwungen werden, die Reaktion zu unterstützen, in einen dauernden und auf die Dauer immer schärfer empfundenen Widerspruch zu ihren ureigensten Lebensinteressen.

Der Trostismus und Brandlerismus ist so ganz unabhängig von diesen beiden Personen in der gegenwärtigen Entwicklung unvermeidlich. Der Konflikt der KPD mit den „rechten Abweichungen“ in ihren eigenen Reihen wird sich immer wieder entzünden. Er wird sich nicht entwickeln wie Gesche und Ruth Fischer demagogisch schreiben, weil schwache Gemüter vor dem Zuchthause Angst haben, sondern weil der nüchterne Verstand der Arbeiter auf die Dauer klarer sieht als die intellektualistische überhöhte Phantasie der Novembersozialisten der jetzigen kommunistischen Parteileitung. Nicht von einigen erledigten Führern entstehen der kommunistischen Parteileitung Schwierigkeiten, sie entwickeln sich vielmehr aus dem Widerspruch der einfachen Funktionäre, die in den Gewerkschaften, in den Gemeindevertretungen als Arbeitervertreter arbeiten müssen und die den Widerstand der kommunistischen Taktik am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Nicht hat der KPD in diesem Jahre so sehr geschadet wie die ununterbrochenen Konflikte, die in ihren eigenen Reihen zwischen der Parteileitung und den „opportunistischen“ verfeuchten Betreibern in den Stadtverordnetenversammlungen entstanden. Keine Beschwörung, keine rechtzeitigen Ausschüsse von Leuten, die man als eventuell unbequeme Mahner fürchtet und los werden möchte, werden diese Quelle der ständigen Beunruhigung und Zersetzung in der KPD verstopfen können. Mit und ohne Brandler und Thalheimer werden die Stimmen immer wieder laut werden, die in der KPD gegen die Taktik der Zeitung rebellieren. An dem Widerspruch der objektiven Bedürfnisse der Arbeiterbewegung zu den unhaltbaren Phantasien einer immer mehr einschwindenden Weltrevolution wird sich die „linke“ KPD-Führung genau so zerreiben, wie es die „rechte“ bereits getan hat.

Republikaner für den Reichspräsidenten.

Rundgebung republikanischer Verbände.

Eine Konferenz der Vorstände von republikanischen Verbänden, die dieser Tage in Magdeburg abgehalten wurde, hat dem Reichspräsidenten folgende Ernennung übermitteln:

„Das Magdeburger Gericht hat unter dem Mantel der richterlichen Unabhängigkeit und unter Vorkennung der Grenzen, die der richterlichen Erkenntnis bei Beurteilung geschichtlicher Vorgänge geboten sind, ein Urteil gefällt, durch das Sie, Herr Reichspräsident, des Landesverrats beschuldigt werden. Ganz abgesehen von den gegen das Urteil bestehenden juristischen Bedenken wird die Entscheidung weder dem eigentlichen Inhalt der politischen Ereignisse des Januar 1918 noch insbesondere Ihrer ganzen

persönlichen Einstellung und Ihren Beweggründen gerecht. Ein derartiges Urteil ist nicht nur geeignet, das bisher schon aufs schwerste erschütterte Vertrauen zu unserer Strafsjustiz aufs neue zu schädigen, sondern auch darüber hinaus dem Ansehen der deutschen Staatsgewalt, deren Repräsentant Sie sind, im In- und Ausland Abbruch zu tun. Die deutschen Republikaner wissen, was Deutschland Ihrer klugen und tatkräftigen Führung verdankt und lassen sich in Ihrem unwandelbaren Vertrauen durch diesen Fehlspruch nicht beirren.

Mit republikanischem Gruß

Dr. Puppe, Oberbürgermeister, für den Republikanischen Reichsbund, Hörsing, Oberpräsident, für das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“, Dr. Großmann, Senatspräsident, für den Republikanischen Richterbund, Hoeft, für den Reichsbund für Siedlung und Pachtung, Falk, für die Republikanische Beschwerdestelle, Dr. Friedländer, für das Republikanische Studententatell, Dr. Posener, für den Republikanischen Anwaltsbund, Maroka, für den Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Lehmann-Ruhbaldt, für die Liga für Menschenrechte, Prof. Schümer, für die Deutsche Friedensgesellschaft.

Erklärung von Gelehrten.

Die Unterzeichneten erklären angesichts des Urteils des Magdeburger Schöffengerichts als ihre Ueberzeugung, daß der gegenwärtige Reichspräsident während des Munitionsarbeiterstreiks im Jahre 1918 sich bei seinem Handeln von vaterländischen Motiven hat leiten lassen. Sie sprechen die bestimmte Hoffnung aus, daß das in seiner Begründung und seiner Schlussfolgerung unverständliche erste Urteil in höherer Instanz eine den wirklichen Tatsachen entsprechende Korrektur erfahren wird, damit eine Schädigung des Ansehens Deutschlands und seiner Justiz vermieden werde.

Gerhart Anschütz, Willt Andreas, Otto Baumgarten, Wilhelm v. Blume, Alexander Graf zu Dohna, Generalleutnant Gröner, Wilhelm Kahl, Heinrich Hertner, Thomas Mann, Friedrich Reinecke, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Robert Pilotz, Gerhart von Schulze-Gaevernig, Richard Thormann, Alfred Weber.

Niederschönenfeld aufgelöst.

Es hat seine Schuldigkeit getan.

München, 29. Dezember. (M.B.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Nach einer unter dem 29. Dezember ergangenen Verordnung des Staatsministeriums der Justiz wird die im Jahre 1919 eingerichtete Festungshafanstalt Niederschönenfeld, in der bis in die jüngste Zeit die Führer der Rätebewegung verwahrt waren, vom 1. Januar an aufgelöst. Die Anstalt Niederschönenfeld wird vom gleichen Tage an ihrer früheren Bestimmung als Jugendstrafanstalt wieder zugeführt. Die Strafe der Festungshaft wird künftig in der Festungshafanstalt Landsberg a. Bch. vollstreckt.

Die Räterepublikaner sind aus Niederschönenfeld entlassen, die Anstalt hat ihre Schuldigkeit getan und kann aufgelöst werden. Die Bestimmung, daß in Zukunft Landsberg a. Bch. als Ort der Festungshaft dienen wird, ist unangebracht, denn Graf Arco und die Hitler-Leute haben bis auf einen einzigen, den Hauptmann Weber, dessen Entlassung beabsichtigt, das gastliche Heim in Landsberg verlassen. Nach ihrem Abgang wird kein Bedenken bestehen, die Niederschönenfelder bewährten Vorschriften für die Verbüßung von Festungshaft auch in Landsberg einzuführen. Alles ist in Ordnung. Die ganze Welt aber weiß, was sie von dieser neuen Verfügung zu halten hat, sie sieht in ihr nur die erneute Bestätigung der berüchtigten Wirtschaft in Bayern.

Die Dringlichkeit der Regierungsbildung.

Reichskanzler Dr. Marx wird morgen, spätestens übermorgen, in Berlin zurück erwartet. Wegen der Dringlichkeit der bevorstehenden außenpolitischen Entscheidungen werden die Verhandlungen zur Bildung einer Regierung voraussichtlich sofort nach Marx' Jahr aufgenommen werden. Man erwartet, daß auch die Fraktionen frühzeitig genug in Berlin versammelt sein werden.

Verunglückter Abbau.

Eine neue Entscheidung zum Abbau von Wahlbeamten.

Die Berliner Entscheidung des Kammergerichtsausschusses über den Abbau der Berliner Stadträte hat allgemein berechtigtes Aufsehen erregt. Der Standpunkt der Berliner Richter, die befürwortet die Meinung vertreten, daß jeder Beschluß einer Stadtverordnetenversammlung von vornherein politischen Charakter trage und infolgedessen aus diesem Grunde gegen den Abbau kein Einspruch erhoben werden könne, wird aber von anderen Abbausausschüssen nicht geteilt. Für die Provinz Hessen-Nassau hat der Personalabbausausschuss in Frankfurt am Main eine Entscheidung gefällt, die vom entgegengelegten Standpunkt ausgeht. Es handelt sich um den Einspruch des Verwaltungsjuristen Genossen Selbert in Niederrhein, der ebenfalls von einem großwahnsinnig gewordenen Bürgerblock abgebaut war. Der richterliche Ausschuss hat sich hier auf den Standpunkt gestellt, daß politische Motive den Abbau eines Wahlbeamten nicht beeinflussen dürfen. Dem Einspruch des Genossen Selbert ist daher stattgegeben worden. In der Begründung heißt es wörtlich:

„Am 28. Dezember 1923 hat die Gemeindevertretung Niederrhein beschloffen, den Beschwerdeführer als Dauerangestellten mit der Anwartschaft auf Ruhegehalt und unter der ferneren Bedingung anzustellen, daß Kündigung nur aus einem wichtigen Grunde und unter gleichzeitiger Anhörung des Beamtenausschusses möglich sei. Am 1. August 1924 hat der Gemeinderat auf Grund der Bestimmungen der Preussischen Personalabbaurechtverordnung vom 8. Februar 1924 beschloffen, den Beschwerdeführer zum 1. Oktober 1924 abzubauen. Der Beschluß wird in dem Begleitschreiben vom 4. August 1924 näher damit begründet, daß die von Selbert innegehabte Stelle eingezogen werden solle und er von der Mehrheit des Gemeindeverbandes wegen mangelnder beruflicher Vorbildung nicht für befähigt gehalten werde, eine andere Beschäftigung im Verwaltungsdienst zu übernehmen. Gegen diesen ihm am 7. August ausgehenden Beschluß hat Selbert mit Schreiben vom 11. August, eingegangen am 12. August, Einspruch eingelegt mit der Begründung, daß der Beschluß seinen Ursprung in persönlichen und politischen Motiven finde und gegen die Abbaurechtverordnung verstöße. Diese seine Behauptungen hat er in dem am 21. August eingegangenen Schriftsatz vom 15. August 1924 näher dahin begründet, daß zu den Verhandlungen über den Abbau der Vertreter des Bürgerbundes eines fertigen Antrag mitgebracht habe und auf den Himmel, daß doch eine sachliche Prüfung des Ablaufs und der Personenfrage nötig sei, geargwöhnet habe, es sei ein Beschluß der Fraktion, daß der Abbau Selberts erfolgen solle, von dem nicht abgegangen werden könne. Selbert hat weiter angegeben, daß bereits in der Wahlpropaganda des Bürgerbundes und der bürgerlichen Parteien die Abbaubestimmung gegen ihn als politisch Tätigen in Erscheinung getreten sei. Er beruft sich hierfür auf das Wahlflugblatt des Bürgerbundes.

Zu dem Einspruch des Beschwerdeführers hat sich der Landrat dahin geäußert, daß er

den Abbau Selberts weder für rechtlich zulässig noch im Interesse der Gemeinde für zweckmäßig und erforderlich

halte. Er sei auch der Ansicht, daß das Personal bei der Gemeindeverwaltung Niederrhein nicht mehr weiter verringert werden könne. Zudem habe er auch den Eindruck, daß Selbert seinen Posten stets durchaus sachgemäß und unparteiisch versehen

habe. Auch der Bürgermeister der Gemeinde Niederrhein hat sich dahingehend geäußert, daß Selbert in seinem Amt Lühiges geleistet habe. Im übrigen wird auf den Aktieninhalt Bezug genommen.

Es war wie geschehen zu entscheiden.

Nach den Anstellungsbedingungen gehört Selbert zu denjenigen Personen, die auf Grund des § 51 Abs. 2 der Personalabbaurechtverordnung zum Einspruch berechtigt sind. Sein Einspruch ist fristgemäß eingelegt. Er ist auch begründet. Demnach § 21, 49, 51 Abs. 2 a. a. D.

darf die Auswahl der abzubauenden Personen durch die politische Befähigung oder die Zugehörigkeit zu einer Partei nicht „beeinflusst“ sein.

Lotte und Lili in der Straßenbahn

Von J. Steiner, Züllich.

Klein-Lotte sitzt strahlend in der Straßenbahn, ihre Puppe auf dem Schoß.

Der Weihnachtsmann hat ein Einsehen gehabt. Er weiß, daß man nicht immer brav und artig sein kann. Nicht, weil man es nicht immer will. Man will sogar immer und immer brav und artig sein. Aber manchmal ist es wirklich gar zu schwer. Wenn die Suppe so dick und klebrig ist, bleibt sie einem im Halse stecken. Und gerade dann ist der Teller immer so voll, daß man gar keinen Grund sehen kann. Man weiß gar nicht, hat man schon gegessen oder hat man noch immer so viel zu essen. Und der Tellerrand ist auch so verschmirt, daß man nicht sehen kann, ob es weniger geworden ist. Wie soll man da Hunger haben! Und dann schimpft Mutter, weil es so lange dauert mit der dicken Suppe. Und dann dauert es noch länger, weil man weinen muß und erst recht nicht essen kann. Dann wird der Hals so eng, und die dicke Suppe geht gar nicht mehr durch.

Oder wenn man seine Schulaufgabe machen muß und Wieze schreit einen an, weil sie gern spielen möchte. Dann springt sie davon, weil man sie so ein bißchen an dem Schwanz gezogen hat, hoch mit trummem Rücken unter Mutters Stuhl und lacht einen aus. Dann muß man sich etwas holen und stößt mit dem Fuß im Vorbeigehen gegen Wieze, die ein großes Geschrei anhebt, und Mutter schimpft, weil es dunkel wird und die Schulaufgabe immer noch nicht fertig ist. Oh, es kommt so oft vor, daß man sich gar nichts bei denkt, und Mutter muß in einem fort schimpfen, weil es so lange gedauert hat.

Aber der Weihnachtsmann war doch lieb gewesen. Eine Puppe mit echtem gelocktem Ringelhaar. Und es ist doch so schrecklich hoch, vier Treppen nach dem Hof, daß man immer Angst hat, dem Weihnachtsmann ginge vorher die Puste aus, weil er doch schon so alt ist, und er kommt erst gar nicht, wie Großmutter, weil es so weit draußen ist und so hoch. Mit echtem Lockenhaar und blauen Augen, wie Fräulein in der Schule, nicht kurz und modern, sondern lang und mit richtigen Zöpfen hinten. Und einen schwarzen Sammetmantel mit Knöpfen und Knopflöchern zum Auf- und Zuknöpfen und mit rosa Strümpfen, nicht bloß gemalt, sondern zum Anziehen, tropfen und waschen. Und eine weiße Spitzenunterhose und ein rotes Kleid mit schwarzen Bördchen.

Sie mag auch nicht immer Suppe haben und stille sitzen und ihre Schulaufgaben machen und zum Bäcker gehen und schnell wieder zurück sein. Man hat so seinen Ärger. Aber jetzt sitzt sie ganz still auf dem Schoß, weil sie noch so klein ist und keine Fahrkarte braucht und nicht auf der Bank sitzen darf, wenn die Straßenbahn so voll ist. Großmutter wird sich aber wundern. Sie heißt Lili.

Lili ist ein feiner Name. Sie muß auch einen Knids machen und das Händchen geben, das schöne Händchen. Und dann muß sie sein hübsch sein und nicht immer dazwischen reden. Großmutter mag das nicht leiden. Und immer muß man acht geben, daß sie sich nicht schmutzig macht und rechtzeitig verlangt, wenn sie hinaus muß.

Die zweite Tanzmatinee der Volksbühne.

Wilde Weihnachtsstimmung. Im Zuschauerraum des Theaters am Bülowplatz ein gefeiert-beifallpendendes Publikum, auf der Bühne Herr Terpis mit dem Ballett der Staatsoper. Dieses befindet sich gegenwärtig im Zustand der Umgruppierung und Reorganisation. Negatives Ziel: Ueberwindung des alten Balletts, positives Ziel: noch nicht erkennbar. Da Mag Terpis ein Wigan-Schüler ist, kann man immerhin ahnen, was er erstrebt. Inwiefern ihm dabei Frau Ilse Parée und ihre Kindergruppe dienen sollen, obat man freilich nicht. „Durch Riisch zur Kunst“ ist ein Schlagwort der modernsten Snobisten, ich glaube aber nicht, daß Herr Terpis es sich mit Bewußtsein zu eigen macht. Seine eigenen Tänze — darunter ein hübscher, klar komponierter „Tanz in Rot“ — waren ein bißchen dünn und wohlfeil. Bei Elisabeth Grube spürt man den ehelichen Drang, sich von den Fesseln des Ballettstills zu befreien. Was sie heute gibt, ist aber doch noch nicht viel mehr als ein ineffektives Ballett: zu viel äußerer Effekt, zu wenig bestellte Bestätigung. Ueber das bestehende Durchschnittsniveau hervorragend: Anne Osborn mit einem temperamentvollen, glänzend produzierten „Schnee“, und vor allem Harald Kreuzberg, dessen „Lango“ die weitaus wertvollste Gabe der Matinee war. Ein Tänzer von ungewöhnlicher Begabung, mit wundervoll trainiertem Körper und staunenswerter Beintechnik, der nur die kindliche Freude am spielerisch-trauen Detail überwinden muß, um einer unserer Großen zu werden.

Wenn die Volksbühne am zweiten Weihnachtstage ihrem Publikum eine leichte Festtagsunterhaltung bieten wollte, so hat sie ihren Zweck erreicht. War es aber ihr Ziel, wie in den früheren Veranstaltungen, das höchste moderne Tanzkunst zu zeigen, so war diese Matinee ein Schritt vom Wege.

John Schikomski.

Shakespeare bei Rollers. Shakespeare ist lieb- und schiefest. Das Lessing-Theater bringt „Der Widerspenstigen Zähmung“ in feiner Weise — und Shakespeare hat standgehalten. Das Lustspiel von der leidenden Kantippe, die der junge Chemann fette kriegt und zum gurrenden Lächeln macht, ist in dem Wirbel fröhlichen Uebermutes und toller Einfälle unterwältlich. Selbst in der Form, wie es der Regisseur Georg Altman aufgezogen hat. Altman spielt das Stück stark getürzt, gewissermaßen auszugswise, und läßt den Fäul der Spielweise in seiner Wilden gegen die prominenten Darsteller los. Auf dem Festel steht: „deutsch vom Grafen Baudissin (Schlegel-Tied)“. In Wahrheit ist der Text aber nicht nur von Baudissin (Schlegel-Tied), sondern auch von den Schauspielern Theodor Becker und Ferdinand Bonn. Es ist gewiß eine Bravourleistung, nicht steden zu bleiben, wenn

man seine Rolle nicht gelernt hat. Aber es gibt doch einen Sich ins Herz, wenn man mit anhören muß, was die beiden aus dem Text machen. Vor einigen Jahren sah man im Lessing-Theater einen Shakespeare, der erhob und den Dichter über die Zuschauer erhoben sein ließ. Altman ordnet Shakespeare den Bedürfnissen seines Publikums unter. Er gibt eine derbe Abendunterhaltung, einen Kasperkauf, in dem übrigens eine unwillig geprügelte Hofe größerer Heiterkeitserfolg hatte als der ganze Shakespeare. Die Widerspenstige Maria Carsten aus Wien suchte sich ohne Befähigung ihrer Rolle abzufinden, die eine stärkere künstlerische Begabung verlangt, als diese Heroina sie besitzt, und Theodor Becker gab den unerbittlichen Bezahmer mit viel Trara und erheblichem Stimmenaufwand, ohne sich ins Herz des Publikums zu spielen. Ein Genuss war nur die Bianca der Margarete Schlegel, ein liebes Geschöpf voller Mutwillen und Schelmerei. Dgr.

Der Palast der ersten Könige von Babylon. Prof. Bangan, der berühmte englische Assyriologe, der die von dem Oxforder Universitätsmuseum veranstalteten Ausgrabungen bei Riisch leitet, hat dieser Tage über das Ergebnis seiner Tätigkeit Bericht erstattet. Danach hat man den Palast der ersten Könige von Babylon gefunden. Die gut erhaltenen Ruinen, die zutage gefördert worden sind, stellen das älteste Bauwerk dar, das bisher im Orient der Bergeshöhe entziffen werden konnte. Der Bau ist aus Ziegelsteinen der ältesten bekannten Art hergestellt. Als die Außenwände freigelegt worden waren, ließ man auf einen prächtigen Lauffgang, in dem große Nischen eingelassen sind. In der Nähe dieses Ganges fand sich eine Säulenhalle vor, die sich von Osten nach Westen zieht und nach dem Thronsaal führt. Nach den Inschriften, die in dieser Halle angebracht sind, hat man es dabei mit dem Zugang zum Saal zu tun, in dem die Könige und die Weisen zu Gericht saßen. In dem Thronsaal selbst befinden sich zahlreiche wunderbar gearbeitete Tafeln, auf denen die Eroberungszüge der ersten Könige dargestellt sind. Mit besonderer Feinheit sind die Gewänder und Spitzen der Könige ausgeführt, die aller Wahrscheinlichkeit nach keine Semiten gewesen sind. Die Könige und ihre Befehlshaber haben runde und glattrasierte Köpfe. Ihr Blick ist entweder nach oben oder nach unten gerichtet, während er bei den Semiten meist geradeaus geht. Andere Tafeln stellen Landvolk und Arbeiter dar, die sich auf der Rückkehr von der Feldarbeit oder auf dem Felde selbst befinden. Auch hier legt die sorgfältige Zeichnung bereites Zeugnis von der hervorragenden Begabung der bildenden Künstler ab. In der Nähe des Thronsaals hat man das System einer uralten Bilderschrift entdeckt. Dort hat sich eine Tafel vorgefunden, auf der Hände und Köpfe abgebildet sind, und die als ein Verzeichnis der Palastknechte festgelegt worden ist.

Volksbühne. Die in der Ober am Königsplatz am Dienstag dem 30. stattfindende Vorstellung „Hänsel und Gretel“ beginnt bereits um 6 Uhr.

Deutsches Opernhaus. Der künstlerische Betrieb wird durch die Ereignisse der letzten Zeit in seiner Weise berührt; die Vorstellungen nehmen ihren ungewöhnlichen Fortgang. Die Einübung der Stammgäste findet ab 2. Januar statt. Der russische Maler Leo Bassi ist in Paris gestorben.

Unbestritten ist Selbst Sozialdemokrat, hat sich in dieser Richtung betätigt und auch seine Ansicht in seiner Eigenschaft als Mitglied des Gemeinderats vertreten. Da vorliegend die Begründung des Abbaubeschlusses, der Abbau erfolgt deshalb, weil Selbst nicht die nötige Befähigung besitze, durch die eingezogene Ausherrung des Landrats sowie durch die Stellungnahme des Bürgermeisters als widerlegt angesehen werden muß, ist erwiesen, daß die Auswahl Selbsts als Abbaubauenden nicht unter Berücksichtigung der Bestimmung des § 20 der Personalabbauperordnung erfolgt ist. Ist dies aber der Fall, dann muß nach Lage der Dinge ohne weiteres angenommen werden, daß der Abbau Selbsts darauf zurückzuführen ist, daß seine politische Betätigung der neuen Mehrheit des Gemeinderats unerwünscht war. Es bedurfte deshalb keiner weiteren Beweisführung über die Behauptung des Beschwerdeführers, der Bürgerbund sei an seinen Abbau ohne sachliche Beratung herangekommen. Auch weitere Untersuchungen darüber, ob der Inhalt des Wahlstimmzettels mit der persönlichen politischen Betätigung Selbsts in Verbindung steht, erschienen nicht mehr für erforderlich.

Der Ausschuss für Personalabbau bei dem Oberlandesgericht Frankfurt a. M. gez.: Dr. Schulz, Schneider, Braun.

Diese Begründung ist in jedem Falle diametral entgegengesetzt der Berliner Begründung. Die bloße Tatsache eines solchen absolut unüberwindlichen Widerspruchs in zwei Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung zeigt wieder, daß ein Eingreifen des Landtages in diese durch den Abbau der Wahlbeamten hervorgerufenen Schwierigkeiten unbedingt notwendig ist. Das Durcheinander in der Rechtsprechung muß das Gefühl vollkommener Rechtlosigkeit verstärken, das durch die Entscheidung des Berliner Abbausausschusses überall hervorgerufen war. Das jetzt entstandene Durcheinander erfordert das Eingreifen einer höheren Stelle und wird den Landtag zwingen, seine Bestimmungen über den Abbau der Wahlbeamten durch einen Zusatzantrag zu ändern.

Rossi entlarvt Mussolini.

Der „Herzog“ als Räuberhauptmann.

Rom, 28. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der „Mondo“ veröffentlichte am Sonntag eine Denkschrift, die der ehemalige Presseschef Mussolinis, Rossi, zur Zeit wegen Teilnahme am Matteotti-Mord im Gefängnis, vor seiner Verhaftung verfaßt hat. Rossi übermittelte eine Abschrift einem Freunde, der sie jetzt zur Veröffentlichung dem „Mondo“ überreicht hat. In ihr wird dargelegt, daß Rossi selbst die Mordtat an Matteotti vorher nicht gewußt hat. Er beschuldigt dagegen Dumini, der sich wegen der Matteotti-Affäre ebenfalls in Haft befindet, als Haupttäter und bezieht auf Mussolini einer ganzen Reihe von Missetaten. Er soll u. a. seine Genehmigung zu der Verpöbelung Amendolas und der abtrünnigen schließlichen Abg. Misfuri und Formi durch die Falschheit gegeben haben und die Angriffe gegen die Villa Rilla seien im Einverständnis mit Mussolini erfolgt. Im übrigen soll der Sicherheitsgeneral de Vono den Matteotti-Mördern gefälschte Pässe zur Flucht nach Frankreich geliefert und der Unterstaatssekretär Finzi zu diesem Zweck 1000 Lire zur Verfügung gestellt haben. Rossi bezieht sich zur Bekräftigung seiner Angaben auf eine ganze Reihe bekannter schließlicher Abgeordneten und Journalisten.

Stammeln der Bezeichneten.

Rom, 28. Dezember. (Stefani.) Die Denkschrift, die in den letzten Tagen als ein sensationelles Dokument angekündigt worden war, wird von der öffentlichen Meinung als belanglos angesehen, weil man den Eindruck hat, daß in dieser Denkschrift nur ein Bescheidiger spricht, der sich zu verteidigen sucht, indem er Anklage erhebt, ohne irgendetwas Beweis zu erbringen. Mussolinis Blatt, „Popolo d'Italia“, schreibt: Die Denkschrift beruht auf der Aussage eines Angeklagten und sei dementsprechend zu bezweifeln. Außerdem sei festzustellen: 1. Rossi führe keinen einzigen Beweis für seine Anklagen gegen den Chef der Partei betreffs der kleinen Fälle, 2. das Memorandum sei geschrieben worden, während Rossi von den Regierungsorganen verfolgt und immer mehr umstellt wurde, also in einem Augenblick äußerster Verzweiflung, offenbar mit dem Zweck einer Vergeltungsaktion, 3. in der Folge habe Rossi seine Anklagen nicht aufrechterhalten können und während der sechs Monate seiner Haft hätten die Untersuchungsbehörden keinen Beweis für seine Aussage von ihm erhalten können, 4. obwohl unter solchen Umständen verfaßt, enthalte das Memorandum dennoch keine bestimmte Beschuldigung einer direkten oder indirekten Verantwortlichkeit Mussolinis in der Matteotti-Affäre.

Um Frankreichs Pressefreiheit.

Die Aktion gegen den „Eclair“.

Paris, 29. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das gegen das Blatt „Eclair“ wegen der Veröffentlichung eines Geheimberichts des General Kollat eingeleitete Verfahren hat zahlreiche Proteste der französischen Presse hervorgerufen. Auf einen Brief, den der Vorsitzende des Verbandes der Pariser Presse an Herriot richtete, antwortete der Ministerpräsident, daß die Regierung keineswegs absichtige, die Pressefreiheit irgendwie einzuschränken, daß sie aber gegen diejenigen einschreiten müsse, die Geheimdokumente entwendeten und veröffentlichten. Die Polizei hätte in der Redaktion des „Eclair“ einen weiteren Geheimbericht gefunden, der dem Generalstab entwendet worden sei. Die nationalistischen Kreise versuchen die Angelegenheit des „Eclair“ gegen die Regierung Herriot auszuspielen.

Arbeitslosenhilfe.

Vorschläge Deutschösterreichs.

Wien, 29. Dezember. (W.B.) Wie der „Morgen“ meldet, hat der Arbeitslosenausschuss bestimmte Vorschläge zur Überführung der im Genuß der Arbeitslosenunterstützung stehenden Arbeiter in die produktive Arbeitslosenfürsorge ausgearbeitet. Der Minister für soziale Verwaltung, Dr. Reich, hat es übernommen, dem Ministerrat diese Vorschläge zu unterbreiten. Das vom Arbeitslosenversicherungsausschuss ausgearbeitete Programm sieht umfassende Meliorationsarbeiten in der Bauwirtschaft, ein Bahnprojekt in Steiermark und den Bau des Freibadens in Wien vor. Ein Zweiteilungsplan soll die Durchführung dieser Arbeit eine amerikanische Antike in der vorausgesetzlichen Höhe von 250 Millionen Kronen aufnehmen. Nach dem „Morgen“ beweisen sich bereits, obwohl der Ministerrat noch keinen Beschluß gefaßt hat, amerikanische Agenten um die Anleihe.

Die Größe der Arbeitslosigkeit in Deutschösterreich und das Elend ihrer Opfer hat in letzter Zeit zu stürmischen Kundgebungen geführt und die sonst ganz ausichtslosen Kommunisten veranlaßt, dort im Trüben zu fischen.

Die Ausschüsse aus der kommunistischen Partei Frankreichs dauern fort. Zuletzt ist der Rechtsanwalt Labrousse, der Generalsekretär der Humanité gewesen ist, gezwungen worden, die kommunistische Partei zu verlassen.

Der Fall Kutischer—Seehandlung.

Verhaftung von drei höheren Beamten der Seehandlung.

Nur mit Kopfschütteln mußte bisher selbst der Laie den Gang der Verhaftungen und Vernehmungen im Fall Kutischer verfolgen. Von allem Anfang an stand die Preussische Seehandlung im Brennpunkt des Skandals, aber es haite den Anschein, als ob die Staatsanwälte ehrerbietig um dieses Institut herumgingen. Jetzt endlich haben sie hart — hoffentlich hart genug — zugespitzt und fassen drei aktive höhere und verantwortliche Beamte der Preussischen Staatsbank verhaftet, ferner einen ehemaligen Beamten der Staatsbank und auch noch einen Sohn des bereits verhafteten Kutischer, einen 19jährigen Jüngling, der in diesem Alter, offenbar von Vaters Gnaden, schon „Direktor“ spielen durfte.

Zur weiteren Prüfung des Materials Kutischer—Seehandlung hatte sich der Oberstaatsanwalt Dr. Lindow mit mehreren Sachverständigen in das Gebäude der Seehandlung begeben. Die Leitung der Seehandlung stellte das gesamte Material zur Verfügung. Im Anschluß daran fand dann die Vernehmung eines Sohnes Kutischer, des Direktors Max Kutischer, statt. Nach stundenlangem Verhör ergaben sich gegen ihn so zahlreiche belastende Momente, daß er sofort verhaftet und in das Polizeipräsidium überführt wurde. Max Kutischer ist 19 Jahre alt. Er ist der Direktor eines von seinem Vater gegründeten Konzerns, der Automobil- und Motoren-Aktiengesellschaft. Neben anderem hat sich auch ergeben, daß dieser Max Kutischer Wechsel unterschrieben hat, die als Deckung für Geschäfte, die der Generaldirektor Iwan Kutischer gemacht hatte, dienen sollten. Später stellte es sich dann heraus, daß auch für diese Wechsel keine Deckung vorhanden war. In späterer Stunde fand dann auch die Vernehmung des abgebauten Bankinspektors Erich Kersten aus Pantow statt, die ebenfalls mit seiner Verhaftung endete. Die Vernehmung ergab, daß auf Kersten der dringende Verdacht der Mithilfe und der Verdunkelung ruht. Das Ergebnis der gesamten Verhöre und Vernehmungen und der Allenbüchlichkeit in der Seehandlung bestätigte die Vermutung, daß die ganzen

Manipulationen Kutischer ohne Mitwirkung höherer Beamter der Seehandlung nicht möglich gewesen

wären. Dieser Verdacht wurde endlich so stark, daß in den gestrigen Nachtstunden noch der 44 Jahre alte Staatsfinanzrat Felix Rade aus der Passauer Straße und der 34 Jahre alte Bankbureauinspektor Georg Blodow, ebenfalls aus der Passauer Straße, beide von der Seehandlung, und endlich auch noch der 33 Jahre alte, aus Romow in Polen gebürtige Bankdirektor Dr. Michael Feld verhaftet wurden. Rade war früher Direktor bei der Reichsbank und kam vor etwa 8 Jahren zur Seehandlung. Seine Verhaftung erfolgte unter dem Verdacht der sorgfältigen Untreue. Ihm fällt zur Last, daß Kutischer Summen bis zur Gesamtgröße von etwa 15 Millionen zur Verfügung gestellt wurden. Blodow, der einer Abteilung der Staatsbank vorstand, wurde wegen schwerer Urkundenfälschung in der Sache Kutischer/Blau festgenommen, Feld, der angeblich Dr. ist und in der Bleibereustraße wohnt, wegen sorgfältigen Betruges, aktiver Bestechung, während Blodow auch der passiven Bestechung schuldig ist. Feld kam als vermögensloser Mann nach Berlin und wurde Direktor bei der Kredit- und Handelsbank AG. Er war ein sehr geschickter Mann, verlor aber seinen Posten wegen Betruges und Bestechung. Seine Geschäfte machten ihn reich, durch wilde Spekulationen will er aber alles wieder verloren haben. Er behauptet, daß er jetzt

ein Bettler sei. Die drei neu Verhafteten werden heute auf dem Polizeipräsidium vom Vernehmungsrichter und den Staatsanwälten noch weiter protokolliert verhört.

Einer der früheren Beamten der Staatsbank, der um die Affäre Kutischer sehr genau Bescheid weiß und namentlich über das Lustgeschäft mit Hanau-Bager die besten Kenntnisse zu geben vermag, ist zurzeit leider nicht zu erreichen. Es handelt sich um den früheren Direktor der Staatsbank, Dr. Hellwig, der vor einigen Monaten aus der Staatsbank austrat und zum Barmat-Konzern ging, in dessen Hypothekenabteilung er tätig war. Direktor Hellwig ist überraschenderweise vor zehn Tagen aus dem Barmat-Konzern ausgeschieden und hat sich am 23. Dezember auf eine Reise begeben, die ihn zunächst nach Kassel führte. Wo sich Hellwig im Augenblick befindet, ist nicht bekannt. Schließlich ist heute früh auf Veranlassung des Staatsanwalts der Direktor Paul Grieger der Kutischer'schen Treibriemen-Konzern AG, der mechanischen Treibriemen-Weberei und Ledertreibriemen AG, in Tempelhof unter dem dringenden Verdacht des Betruges festgenommen worden.

Direktor Geheimrat Rade und Direktor Hellwig trifft auch nach Annahme der Staatsanwaltschaft die Hauptlast für den Schaden, der der Preussischen Staatsbank aus den Geschäften mit Kutischer erwachsen wird. Bekanntlich war nach Abschluß der Untersuchung des Falles durch das Preussische Finanzministerium die Höhe der Verpflichtungen Kutischer gegenüber der Seehandlung auf rund 14,5 Millionen Goldmark festgestellt worden und der amtliche Bericht sprach die Hoffnung aus, daß Kutischer diese Schuld durch geeignete Pfänder werde decken können. Man versuchte zunächst eine Stützungsaktion für Kutischer bei verschiedenen Privatbanken und auch bei einer Großbank, die aber eine Uebernahme der Verpflichtungen des Leiters des v. Steinschen Bankhauses ablehnten, da eine Prüfung ergab, daß

die von Kutischer zur Verfügung gestellten Sicherheiten auch nicht annähernd den von ihm angegebenen Wert besaßen.

So war von Kutischer und seinen Direktoren die mechanische Treibriemenfabrik in Tempelhof mit ihren Lagerbeständen als Faustpfand im Werte von 4,5 Millionen Goldmark bezeichnet worden. Von sachverständiger Seite wurde dagegen der Wert auf noch nicht 400000 Mark geschätzt, da die Lagerbestände an sich sehr gering waren und auch die Qualität der Waren keineswegs den Anforderungen entsprach, die an sie gestellt werden konnten. Ebenso ergab es sich, daß die Radiofabrik Kutischer nur den Bruchteil des angegebenen Wertes besaß. Aus diesen Gründen heraus wurde die Sanierung unmöglich und so besteht leider nur eine sehr geringe Hoffnung, daß die Staatsbank ihre Kredite zurück erhalten wird. Allerdings soll Generaldirektor Kutischer als Privatmann sehr erhebliche Werte besitzen, doch ist es, wenigstens im Augenblick, noch nicht gelungen, von ihm die Zusicherung zu erhalten, daß er mit all seinem Vermögen für den Schaden haften, den er durch seine Transaktionen der Seehandlung zugefügt hat. Die Kredite Kutischer bei der Staatsbank sind in erster Linie von dem jetzt verhafteten Direktor Rade bewilligt worden, der die Kreditgefuge des Generaldirektors befürwortend, dem Gesamtdirektorium weitergeleitet hat und der auch persönlich dem früheren Präsidenten der Staatsbank, v. Dombois, Bericht erstattet hat.

Wie Hakenkreuzler den Feiertag heiligen!

Stahlhelm überfällt SPD.

Am sogenannten dritten Feiertag hielt die 120. Abteilung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (nicht, wie die halbamtlichen Berliner Sozialnachrichten mitteilen, die Friedrichshelder Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold) in dem Lokal von Haberland in Friedrichsfelde ihre Weihnachtsfeier ab. Gegen 12 Uhr drangen plötzlich 8 bis 10 Mann mit Hakenkreuze und Stahlhelm dekorierter Burschen in das Lokal ein, während vor dem Lokal noch etwa 20 Mann warteten. Der Wirt, der die Burschen erkannte, trat ihnen entgegen und verbot ihnen sein Lokal. Als Antwort erhielt Herr Haberland sofort einen Schlag ins Gesicht, so daß er stark blutete. Darauf wollten die Kerle weiter in das Lokal eindringen. Mehrere Genossen traten nun den Eindringlingen entgegen und der Genosse Dehert wollte in Güte auf die Eindringlinge einwirken. Während er den Kaufboden zurechtete, doch ihre Wege zu gehen und nicht das Vergnügen zu stören, erhielt er sofort von hinten einen Schlag über den Hinterkopf, so daß er blutüberströmt zusammenbrach. Die anwesenden Genossen und mehrere Reichsbannerleute drängten nun die Hakenkreuzstrolche zurück. Auf dem Kampfplatz hatten sie Jauntlaten, Eisenstangen und andere deutschböckliche Kampfmittel zurückgelassen, die dann der Polizei übergeben wurden. Der Genosse Dehert wurde sofort durch einen herbeigerufenen Arzt behandelt, welcher eine 6 Zentimeter lange Kopfwunde feststellte, die von einem wuchtigen Schlag mit einem stumpfen Gegenstand herrührte. Das Ueberfallkommando, das sofort angerufen wurde, fuhr anstatt nach Friedrichsfelde nach Lichtenberg und traf infolgedessen viel zu spät ein. Durch Genossen, die sich zur Polizei begaben, konnten dann mit Hilfe der Polizei verschiedene der Kaufböcke festgestellt werden. Als Führer fungierten ein ehemaliger Leutnant Jrmisch und der Sohn eines Magistratsbeamten Hilfe. Der Vater des Hilfe soll im Stahlhelm eine recht rege Tätigkeit ausüben. Jrmisch hatte sogar die Dreifaltigkeit, später nochmals im Lokal zu erscheinen und sich verschiedenen Gästen als Kriminalbeamter vorstellte. Auf Drängen mehrerer Genossen wurde er mit zur Polizeiwache genommen.

Ein verhängnisvoller Schuß.

In der vergangenen Nacht ist die 46 Jahre alte Ehefrau Marie des Eisenhändlers Linde aus der Friedenstr. 39 zu Reutshain einem verhängnisvollen Irrtum zum Opfer gefallen. Linde, ein Mann von 47 Jahren, ging gestern abend mit seiner Frau aus und besuchte mit ihr mehrere Lokale. Bei der Heimkehr betrat die Frau zuerst die Wohnung und erschrak vor irgend etwas. Linde glaubte, daß Einbrecher in der Wohnung seien. Er gab aus seinem Trommelrevolver einen Schuß ab, der seine Frau in die Brust so schwer traf, daß sie tot zusammenbrach.

Saison- und Inventurausverkäufe.

Nach der Verordnung des Polizeipräsidenten vom 16. Dezember 1921 müssen — moraus die Zentrale zur Bekämpfung unläuterer Wettbewerbs E. B. hinweist — Saison- und Inventurausverkäufe nur in der Zeit vom 2. Januar bis 15. Februar einschl. und innerhalb dieser Zeit nur auf die ununterbrochene Dauer von 2 Wochen abgehalten werden. Der Beginn des Ausverkaufes ist am Geschäftsfotografen deutlich erkennbar zu machen. Nach dem Wettbewerbsgesetz sind diese Ausverkäufe in der Ankündigung als solche zu bezeichnen, d. h. es muß deutlich erkennbar sein, daß es sich um einen Saison- bzw. Inventurausverkauf handelt. Bloße Bezeichnungen wie „Ausverkauf“ oder „Räumungsverkauf“ genügen nicht.

Ausrufen der Stationsnamen. Beim Herannahen der kalten Jahreszeit hat die Reichsbahndirektion in Berlin wie immer die Aufsichtsbekanntmachungen, Türschlüssel und Zugbegleiter angewiesen, bei Behinderung der Aufsicht nach den Bahnsteigen durch beschlagene und zugefrorene Fensterhebeln die Stationsnamen laut und deutlich

auszurufen, um das Ueberfahren der Stationen durch Reisende zu vermeiden, die mit den örtlichen Verhältnissen weniger vertraut sind.

3. Konzert der „Deutschen Volkslieder“. Am Dienstag, den 20. Dezember abends 8 Uhr, findet in der Singakademie das dritte Konzert der „Deutschen Volkslieder“ statt. Es wird von der „Deutschen Volkslieder“-Kommission unter der Leitung von Schubert und Regers abgehalten. Es tritt ein Programm von 64. Hermann Schenck singt Wagner's selbste gebaute Arie „Per questa bella mano“ für Sopran, Streichquartett und obligaten Kontrabaß.

Explosionskatastrophe in Japan.

50 Tote.

Aus Tokio wird über eine riesenhafte Pulverexplosion berichtet, die sich in Otaru, einem großen Hafen von fast 100000 Einwohnern, bei Entladung des Pulverschiffes „Seicho Maru“ zugezogen hat. Alle Häuser in der Umgebung sind vollständig vernichtet, die Kais sind auf größere Strecken zerstört. Das Feuer, das ausbrach und das durch einen heftigen Wind von der See her noch mehr angefacht wurde, nahm schnell größeren Umfang an, so daß die umliegenden Ortschaften bedroht wurden.

Ein weiteres Telegramm aus Tokio meldet: Die bereits gemeldete Explosion in Otaru ist darauf zurückzuführen, daß auf dem Bahnhof ein Behälter mit Dynamit zu Boden fiel und 865 Behälter mit Dynamit zur Explosion brachte. Der Bahnhof geriet in Brand, mehrere Leichter sanken und die in der Nähe stehenden Gebäude wurden zum Einsturz gebracht. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 50 Personen getötet, 50 schwer und 280 leicht verletzt.

Schwere Sturmshäden überall.

Aus London werden schwere Schäden infolge der Sturmflut von überallher gemeldet. Bierzehn Menschenleben gingen auf See zugrunde, einschließlich der Mannschaft des französischen Seglers „Caradeo“, welcher in der Bucht von Carmarthen unterging. Beträchtlicher Schaden wurde auch durch eine Springflut in den Docks von Belfast angerichtet. — „Obersee“ berichtet, daß ein deutscher Fischdampfer mit einer Ladung Heringe auf der Fahrt von Rodhime nach Deutschland im letzten Sturm auf der Höhe von Solay gestrandet sei. Man befürchtet, daß 13 Personen ums Leben gekommen seien.

Paris, 29. Dezember. (Eca.) Der bereits seit einigen Tagen an der bretonischen Küste und über dem Atlantischen Ozean wütende Sturm dauert an. Der Schlepper „Tourbillon“ vom Hafen Borient hat den Dampfer „Radium“ retten können, der schwer havariert ist. Zahlreiche Schiffe werden in See notgelandet. Auch aus dem Mittelmeer kommen Nachrichten über schwere Wetter. Aus der Normandie liegen Meldungen vor, wonach dort durch Regengüsse, die gleichzeitig mit den vom Meere herkommenden Unwettern einfielen, Ueberschwemmungen hervorgerufen wurden. In Cherbourg hat der Wind die Dächer zahlreicher Häuser schwer beschädigt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladung für diese Rubrik sind bitte an das Bezirkssekretariat, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 7, 7. Hof, 12. rechts, zu richten.

2. Kreis Vergarben. Kreisrat, Obdiente der 10. und 12. Abteilung. Dienstag abend 7 Uhr: Raufenrektion bei Kreissekretär: Bourr, Stefanstr. 22.
6. Kreis Kreuzberg. Bildungsausschuss. Heute abend 7 1/2 Uhr: Sitzung bei Kreis, Lehnstr. 29. Übertragung und Materialausgabe. Jede Abteilung muß vertreten sein.
18. Kreis Weidenfelde. Heute 7 1/2 Uhr bei Gallas: Gemeinsame Sitzung des Bezirksamtes und der Fraktion.
74. Kreis, Reichenberg. Fraktion. Vortrag der Genossin Labenbages „Religion und Sozialismus“ bei Scharrer, Reichenberg-Platz. Todesamer Str. 1. Alle Genossinnen müssen erscheinen. „Korrespondenz“-Bezirke und Genossinnen sind als Gäste willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Republikanischer Vorabend. Abgang! Der Gruppenabend am Dienstag, den 30. Dez. 1921 aus dem Jugendklub bei Ebnrejt, Schulhausstr. 106, abend 7 Uhr. Das Gelingen aller Funktionen und Interessenten unbedingt nötig!

